

SPAM-Info



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Sympis

Hoffentlich seid ihr wohlauf, liebe Leserinnen und Leser! Wir freuen uns, euch unsere erste SPAM-Ausgabe dieses Jahres zukommen zu lassen. Gerne möchten wir euch auf folgende Veranstaltungen hinweisen: Die Mattenbach-Allianz lädt am 29. Mai zu einem Info-Treffen ein, am 13. Juni steht ein weiterer Abstimmungs-Super-sonntag an, am 8. Juli findet unsere alljährliche Jahresmitgliederversammlung (JMV) statt, gefolgt von einem Stadtrundgang mit Paul Lehmann am 17. Juli. Zu allen Veranstaltungen laden wir euch herzlich ein. Eine separate Einladung zur JMV liegt diesem SPAM-Info bei.

In dieser SPAM-Ausgabe beschreibt zunächst Gemeinderätin Gabi Stritt die Ziele und Aufgaben der Mattenbach-Allianz (S. 2). Anschliessend führt Silvana die Gründe für ein Ja zur kantonalen Abstimmung der Prämienverbilligung aus (S. 2f.), und Martina befasst sich auf S. 3f. mit den nationalen Agrarinitiativen für sauberes Trinkwasser und eine Schweiz ohne synthetische Pestizide. Schliesslich zeigt Florina auf S. 4 auf, warum es auch dringend ein Ja zum CO₂-Gesetz braucht.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir gerne auch noch auf Folgendes hinweisen: Hierbei handelt es sich die letzte SPAM-Ausgabe, die wir gemeinsam mit Jasmin im Co-Präsidium und Vorstand herausgeben. An dieser Stelle bedanken wir uns im Namen des Vorstandes herzlich bei Jasmin für ihre tolle, humorvolle und konstruktive Zusammenarbeit und ihr Engagement.

Solidarische Grüsse



Jasmin Schmid und Florina Pantli
Co-Präsidium SP Altstadt/Mattenbach

Agenda

SP Altstadt-Mattenbach

29. Mai 2021, 09.30 Uhr, Quartierzentrum Gut-schick-Mattenbach (Scheideggstrasse 19):
Info-Veranstaltung zur Mattenbach-Allianz

8. Juli 2021, 19.30 Uhr, Zoom-Veranstaltung:
**Jahresmitgliederversammlung
SP Altstadt-Mattenbach**

Bitte anmelden unter www.sp-am.ch > Aktuell >
[Termine](#) > 8. Juli: Jahres-MV

17. Juli 2021, 14.00 Uhr, Obertor 8, Zentrum am
Obertor: **Stadtrundgang zur autofreien
Altstadt mit Paul Lehmann.** Bitte anmelden bei
Florina Pantli: florina.pantli@hotmail.com

Vorlagen & Parolen

vom 13. Juni 2021

Kantonal:

- JA** Volksinitiative „Raus aus der Prämienfalle“
- JA** Volksinitiative „Mehr Geld für Familien“
- JA** Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele

National:

- JA** Volksinitiative „Für sauberes Trinkwasser“
- JA** Volksinitiative „Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide“
- JA** Covid19-Gesetz
- JA** CO₂-Gesetz
- NEIN** Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus

Mattenbach-Allianz

von Gabi Stritt

Bereits seit einigen Jahren engagieren sich im Stadtkreis Mattenbach verschiedene Akteurinnen und Akteure, unter anderem Mitglieder der SP aus dem Grossen Gemeinderat, mit Unterstützung der Quartierentwicklung, um das Zusammenleben zu fördern und die Partizipation zu stärken. 2019 formierte sich eine ehrenamtliche Arbeitsgruppe «Gutschick Lobby» zur Gründung einer Dachorganisation «Verein Mattenbach-Allianz» für zivilgesellschaftliches Engagement im Stadtkreis Mattenbach.

Die Mattenbach-Allianz will:

- die Zusammenarbeit der Vereine und Organisationen des Stadtkreises Mattenbach fördern und koordinieren.
- die Interessen der Bevölkerung vertreten und wirkungsvoll auftreten gegenüber Behörden und Politik.
- Ansprechpartnerin für die Stadt Winterthur und andere Stellen sein.

Eine Kollektivmitgliedschaft erlangen können juristische Personen und öffentlich-rechtliche Körperschaften, welche das Quartierleben des Stadtkreises Mattenbach massgeblich mitgestalten (z.B. Quartier-, Sport- und Ausländervereine, politische Parteien,

Kirchgemeinden).

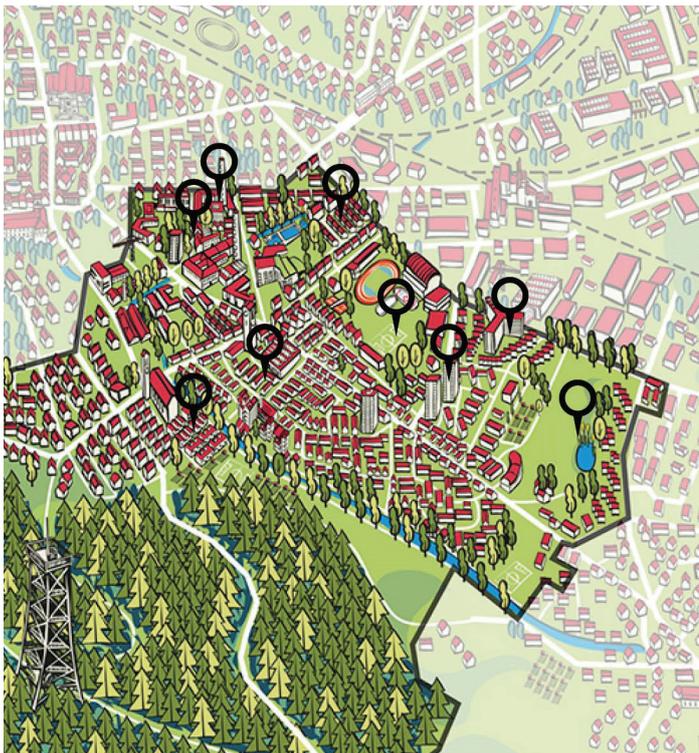
Der politisch und konfessionell unabhängige Verein Mattenbach-Allianz soll im Sommer 2021 gegründet werden.

Mehr Informationen finden sich unter www.mattenbach-allianz.ch

Ja zur Initiative «Raus aus der Prämienfalle»

von Silvana Naef

Der rasante Anstieg der Krankenkassenprämien setzt niedrige und mittlere Einkommen unter Druck. Für Personen, welche die steigenden Krankenkassenprämien nicht tragen können, wurde 1994 die individuelle Prämienverbilligung geschaffen. Fast die Hälfte der Versicherten, welche individuelle Prämienverbilligung beziehen, sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren. Trotz der Prämienverbilligungen gehören die Krankenkassenprämien inzwischen zu den häufigsten Gründen für eine Verschuldung. Überdurchschnittlich oft sind Menschen betroffen, die knapp keine Prämienverbilligung, Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe erhalten.



Mattenbach-Allianz gemeinsam wirksam

Wir wollen für unseren Stadtkreis eine Dachorganisation sein, die sich für die Anliegen der Quartierbevölkerung stark macht und die soziale, kulturelle und bauliche Entwicklung mitgestaltet.

Herzlich willkommen sind alle Vereine, Institutionen, Geschäfte, Gruppierungen & Interessierten im Stadtkreis Mattenbach

Mehr Infos unter:
www.mattenbach-allianz.ch

Die individuelle Prämienverbilligung wird gemeinsam von Bund und Kanton finanziert, idealerweise zu gleichen Teilen. Bis 2012 war dies auch im Kanton Zürich der Fall, bis der Kanton im Rahmen einer Sparübung entschied, seinen Anteil um 20% auf 80% des Bundesanteils zu senken. Im Januar 2019 fällt das Bundesgericht einen Entscheid, in dem es die vom Kanton Luzern festgesetzte Obergrenze des mittleren Einkommens, ab welchem eine Berechtigung für individuelle Prämienverbilligung besteht, als zu tief beurteilt. Da der Kanton Zürich eine ähnlich tiefe Obergrenze kannte wie der Kanton Luzern, beschloss der Regierungsrat, die Obergrenze für 2020 anzuheben, um dem Bundesgerichtsentscheid zu entsprechen. Das führt zu einem etwas höheren Kantonsbeitrag von ungefähr 92% des mutmasslichen Bundesbeitrags ab dem Jahr 2020.

Die Initiative «Raus aus der Prämienfalle» wurde 2019 von der CVP (heute «Die Mitte») lanciert. Gemäss der Initiative würde der Kanton seinen Kostenanteil für die Verbilligung von Prämien auf mindestens 100% des Bundesanteils erhöhen. Die zusätzlichen finanziellen Mittel (gemäss Schätzung des Kantons jährlich rund 40 Mio) dämpfen für einige Haushalte die untragbar gewordene Belastung.

Im Kantonsrat scheiterte die Vorlage, da sie von SVP, FDP und GLP abgelehnt wurde. Die SP hat die Vorlage im Kantonsrat zusammen mit Grünen, AL und EVP unterstützt und an ihrer Delegiertenversammlung vom 22. April 2021 die Ja-Parole beschlossen, obwohl die SP das System der Kopfprämie grundsätzlich in Frage stellt. Die Initiative sorgt lediglich für eine Korrektur, die für kurze Zeit Luft verschafft und keine längerfristige Lösung des Problems der ansteigenden Prämien bringt. Für Betroffene ist aber jede Entlastung sinnvoll.

Ja zu den Agrarinitiativen

von Martina Niedermann

Die Debatte zu den beiden Agrarinitiativen ist intensiv und wird auch sehr emotional geführt. Fakt ist, dass die Schweizer Landwirtschaft jährlich mit 3.5 Mrd. subventioniert wird, egal ob nachhaltig produziert wird oder nicht. Wir geben nach wie vor mehr Geld aus für eine Kuh als für ein Schulkind!

Ja zur Pestizidinitiative

Viele Bauern argumentieren, dass nur eine intakte Umwelt und gesunde Böden die Basis für ihren Beruf sind, belasten aber gleichzeitig diese Umwelt mit Pestiziden, Herbiziden und Insektiziden.

Als Gegenargument wird angeführt, dass vermehrt nicht nachhaltig produzierte Lebensmittel aus dem Ausland importiert würden. Wenn ich aber am Winterthurer Wochenmarkt beim Bauern einkaufe, weiss ich, dass der Bauer einen fairen Preis ohne Zwischenhandel erzielt und auch die krumme Gurke und die Riesenkartoffeln verkaufen kann. Denn was nicht Normgrösse hat, könnte bei Coop und Migros nicht abgeliefert werden. Ca. 30% der in der Schweiz produzierten Frischwaren des Anbaus landet deswegen auf den Kompost. Das muss aufhören. So hätten wir allein damit schon einiges an Früchten und Gemüse gewonnen ohne eine einzige Hektare mehr Ackerland.

Die synthetischen Pestizide, die verboten werden sollen, schaffen viele Probleme, weil verschiedene Mittel (bis zu fünf oder mehr) in kleinen Dosen gespritzt werden und die schiere Menge an verschiedenen Stoffen einen Giftcocktail ergeben, der zahlreichen Lebewesen, vor allem Insekten, das Leben schwer macht. In chronischer Häufigkeit verabreicht schaden diese vielen vermeintlich geringen Dosen aber zum Beispiel auch Vögeln und Igel.

Die Schweiz hat die Chance, Bio-Nahrung ohne synthetische Pestizide zu produzieren und damit europaweit eine Vorreiterrolle einzunehmen. Wir brauchen diese Agrarwende jetzt!

**Abstimmung
13. Juni 2021**

belastete Kinder in Prozent	
Glyphosat (H H*)	33%
Pyrethrinolide (H H*)	82%
Organophosphat-Pestizide	97%
Chlorpyrifos (H)	100%

(*) Einfluss auf die Entwicklung des Gehirns
(**) Einfluss auf die sexuelle Entwicklung

Pestizide sind überall. Du kannst das ändern.

Ja für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide

Ja zur Trinkwasserinitiative

Die Trinkwasserinitiative will nur noch diejenigen Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen und Subventionen unterstützen, welche keine Pestizide einsetzen und in der Tiermast auf Antibiotika verzichten. Da gleichzeitig Futterzukäufe aus dem Ausland verboten sind, müssen Subventionen ausgeschüttet werden, da viele Bauern ihre übergrossen Tierbestände abbauen müssen. Es gilt eine Übergangsfrist von acht Jahren. Der Futtermittelhandel innerhalb der Schweiz bleibt aber weiterhin möglich!

Die wegen des Klimawandels rasch abschmelzenden Gletscher gefährden das «Wasserschloss Europas», und wir müssen den schwindenden Trinkwasserreserven heute schon mehr Sorge tragen als noch 1950. Bei Wasser gilt immer: Nicht verschmutzen ist viel besser als später mühsam reinigen! Deshalb braucht es neben dem Verbot für synthetische Pestizide auch die Trinkwasser-Initiative.

Seit vierzig Jahren ist zu viel Atrazin im Tössgrundwasser ein Thema. Die Stadt Winterthur bezieht einen Grossteil des Trinkwassers aus Tössgrundwasser und einigen anderen Quellen, wo solange verdünnt werden kann, bis die Grenzwerte unterschritten sind. Leider ist Atrazin immer noch vorhanden, obwohl es seit 2012 in der Schweiz verboten ist. Laut Stadtwerk liegt der Anteil erfreulicherweise unter dem Grenzwert beziehungsweise wird unter den Grenzwert verdünnt. Aber gerade in Grundwasserströmen verschwindet sogar seit langem nicht mehr verwendetes Pflanzengift nur allmählich.

Da Winterthur zudem in den letzten Jahren stark gewachsen ist, wird der Wasserbedarf steigen und nicht sinken, und alle erwarten zu Recht, dass das Trinkwasser einwandfreie Qualität hat. Wir haben es jetzt mit zweimal «Ja» in der Hand, dass auch die nächste Generation sauberes Trinkwasser und pestizidfreies Obst und Gemüse hat.

Ja zum CO₂-Gesetz

von Florina Pantli

Die Revision des CO₂-Gesetzes sieht eine Abkehr von fossilen Brennstoffen vor. Um langfristig nicht mehr mit Öl oder Gas heizen zu müssen, soll eine höhere CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe wie Erdöl, Gas oder Kohle erhoben werden. Die Gelder, die durch die CO₂-Abgabe generiert werden, fliessen neu in einen Klimafonds. Mit Hilfe dieses Fonds wird der Bau nachhaltiger Heizsysteme künftig subventioniert. Wer weniger fossile Energie verbraucht, wird mit Rückzahlungen entlastet; damit ist der Umbau auch sozial abgedeckt.

Neu würde eine CO₂-Abgabe auch auf Flugtickets erhoben, weil das Fliegen in den letzten Jahren viel zu billig geworden ist. Ein Wermutstropfen ist, dass die Flugticketabgabe für den Banker, der nach London fliegt, genauso hoch sein soll wie für eine Person, die in Serbien ihre Familie besucht. Aber die Abgabe hat zumindest eine klare Lenkungswirkung.

Das neue CO₂-Gesetz hat auch eine generationenübergreifende Komponente. Ein Grossteil unseres Wohlstandes basiert auf fossilen Brennstoffen. Da wir seit langem zu viel Treibhausgase emittieren (14 t CO₂/Jahr), sind wir gezwungen, an nachkommende Generationen zu denken. Sie sollen nicht die Rechnung zahlen müssen für unseren zu grossen Verbrauch an fossiler Energie. Der extreme Ausstoss von CO₂ führt zu klimatischen Veränderungen – das ist bereits heute sichtbar. Extremereignisse wie Dürren, längere Regenzeiten und Erosion berauben viele Menschen im Süden ihrer Existenzgrundlage, womit Bürgerkriege und Vertreibungen einhergehen. Daraus entstehen Fluchtbewegungen, die auch den Norden betreffen.

Mit einem Ja zum neuen CO₂-Gesetz wird ein entscheidender erster Schritt gemacht, den reichen Norden in die Verantwortung zu nehmen.

